

KTM Meyer erläuterte den Antrag und die Hintergründe. Sie habe die Unterlagen der Verwaltung nun so verstanden, dass es keine Absagen von Bewerbungen gab, wenn die Voraussetzungen erfüllt waren. Die Problematik könnte darin bestanden haben, dass den kommunalen Vertretungen, den Bewerberinnen und Bewerbern oder den Leitungen der Kindertagesstätten (KiTa) nicht bewusst war, dass die vorstellige Person gar nicht qualifiziert sei. Die Voraussetzungen für die PiA-Ausbildung seien durchaus hoch und müssten in mehreren Schritten nachgewiesen werden. Sie erkundigte sich bei der Verwaltung, ob es Absagen von ungeeigneten Bewerbungen gegeben hätte und ob man gegebenenfalls noch einmal anders in die „Werbekampagne“ einsteigen müsse, um den Kommunen, aber auch den Bewerberinnen und Bewerbern die Voraussetzungen für die Ausbildung zu verdeutlichen. Weiterhin erkundigte sie sich nach einem aktuellen Sachstand bezüglich der in der Anfrage angesprochenen Abfrage.

Herr Wagner antwortete, dass es in den Sozialberufen insgesamt viel zu wenig Fachkräfte gebe. Dies sei mittlerweile nicht nur in anderen Landesteilen ein Problem, sondern auch im Rhein-Sieg-Kreis. In den Kindertagesstätten der 12 Jugendämter im Rhein-Sieg-Kreis sei es bereits zu Gruppenschließungen aufgrund von Personalmangel gekommen. Dies hänge teilweise mit einem hohen Krankenstand zusammen, aber auch damit, dass die normale personelle Fluktuation nicht mehr aufgefangen werden könne. Hier bestehe von kommunaler Seite ein großer Wunsch, sowohl in der Jugendhilfe als auch im schulischen Bereich genügend Menschen zu finden, die diese Berufe wählen. Es gebe nicht nur die PiA-Ausbildung als eine Ausbildungsmöglichkeit in diesem Bereich, sondern viele weitere Bildungsgänge. Dies sei das erste „Informationsleck“, welches bei Interessierten und auch in den Kommunen oft vorherrsche. Man wisse auch, dass bei den Bewerberinnen und Bewerbern oftmals Informationen bezüglich der Zugangsvoraussetzungen fehlen würden, aber auch darüber, was sie im späteren Ausbildungsverlauf erwarten. Rund ein Drittel der Auszubildenden im PiA-Ausbildungsgang würde die Ausbildung abbrechen. Man habe eine sehr hohe Abbruchquote, da zu Beginn der Ausbildung nicht klar sei, was geleistet werden müsse und was die Bewerberinnen und Bewerber insbesondere im praktischen Teil erwarten. Schule versuche unabhängig davon, ob es nun zu viele oder zu wenige Schulplätze gebe, auch schon im Vorhinein dahingehend zu beraten, was der richtige Ausbildungsgang für die Schülerinnen und Schüler sei. Das Ziel hierbei sei jedoch immer, möglichst viele Menschen in das System zu bekommen, unabhängig davon, welcher Bildungsgang am Ende gewählt werde. Bei der PiA-Ausbildung sei es so gewesen, dass in aller Regel die geforderte schulische, aber auch die sprachliche Qualifikation nicht vorlag.

Herr Wagner erklärte weiterhin, dass es angeblich in den Kommunen zu Aufrufen für diese Ausbildung gekommen sei, damit sich möglichst viele Schülerinnen und Schüler bewerben. Diese sollen daraufhin von den Schulen die Aussage bekommen haben, dass eine Bewerbung aufgrund fehlender schulischer Voraussetzungen jedoch nicht möglich sei und hätten dann an die Kommunen zurückgemeldet, dass die Schulen sie aufgrund fehlender Schulplätze abgelehnt hätten. Bei den Kommunen wurde dies dann so aufgefasst, als seien quantitativ nicht genug Schulplätze vorhanden. Dieses Missverständnis sei jedoch in der letzten Woche bei einem Treffen mit allen kommunalen Schulträgern im Rhein-Sieg-Kreis, auch unter Beratung durch den kommissarischen Schulleiter des Georg-Kerschensteiner-Berufskollegs in Troisdorf, Herrn Heinemann, ausgeräumt worden. Außerdem sei bei diesem Treffen noch einmal verdeutlicht worden, welche Bildungsgänge es am Georg-Kerschensteiner-Berufskolleg gebe, wie die Zugangsvoraussetzungen seien und welche Gründe zu einer Ablehnung führen könnten. Das Grundproblem sei jedoch, dass es nicht genügend Menschen gebe, die diese Berufe wählen wollen. Selbst wenn es eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen geben würde, gebe es immer noch nicht genügend Menschen, die diese besetzen könnten. Bezogen auf das Georg-Kerschensteiner-Berufskolleg könne man sagen, dass man in der Vergangenheit über quantitativ genügend Schulplätze verfügt habe. Abgelehnt worden seien nur Bewerberinnen und Bewerber mit fehlenden Zugangsvoraussetzungen oder weil benötigte Unterlagen oder Bescheinigungen von diesen nicht beigebracht wurden. Dies sei auch im laufenden Verfahren ein Ärgernis. Daher sei es in der Vergangenheit zum Ende des Bewerbungsverfahrens hin zum neuen Schuljahr am Berufskolleg in Troisdorf immer so gewesen, dass die Schulplatzzahlen ausgereicht hätten. Für das Schuljahr 2023/24, welches am 01.08.2023 beginne, sei es genauso gewesen. Man habe zu Beginn mehr Bewerbungen gehabt, als man am Ende hätte Zusagen erteilen können. Nach aktuellem Stand seien die Plätze für die Zusagen aber ausreichend.

Herr Wagner ergänzte zudem, dass es auf der linken Rheinseite kein kreiseigenes Berufskolleg gebe, das diesen Bildungsgang vorhalte. Das Robert-Wetzlar-Berufskolleg in Schulträgerschaft der Stadt Bonn nehme jedoch Schülerinnen und Schüler der sechs linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis-Kommunen auf und bilde diese aus. Nach Aussage der Schulleitung seien für das kommende Schuljahr genügend Schulplätze vorhanden. In einem gemeinsamen Gespräch der beiden Schulleitungen unter Beteiligung der Bezirksregierung Köln, das der Rhein-Sieg-Kreis initiiert habe, hätten diese das gemeinsame Ziel aller bekräftigt, keine einzige Bewerberin und keinen einzigen Bewerber abzulehnen. Dies könne man sich angesichts des dramatischen Fachkräftemangels überhaupt nicht leisten. Sollte es im nächsten oder übernächsten Schuljahr tatsächlich der Fall sein, dass man mehr Schulplätze vergeben könne als zur Verfügung stünden, dann gebe es die Vereinbarung mit den beiden Schulträgern Rhein-Sieg-Kreis und Stadt Bonn sowie auch mit der

Bezirksregierung Köln, kurzfristig ausreichende Schulplätze mit dem dafür erforderlichen Lehrpersonal zur Verfügung zu stellen.

Dies könne zum Beispiel durch die Übernahme eines Überhangs unter den Schulen erfolgen oder an einer der beiden Schulen in Troisdorf oder Bonn werde ein weiterer Zug aufgemacht. Der Rhein-Sieg-Kreis als Schulträger sei dann insofern gefragt, als dass die erforderlichen Räumlichkeiten mit Ausstattung zur Verfügung gestellt werden müssten. Das Hauptproblem sei aber die Frage, ob die Bezirksregierung Köln das erforderliche Lehrpersonal zur Verfügung stellen könne, denn auch bei den Lehrkräften gebe es einen Fachkräftemangel. Hier gebe es jedoch die klare Ansage seitens der Bezirksregierung, dass in einem solchen Fall entsprechende Lehrpersonalressourcen zur Verfügung gestellt würden, um den Mehrbedarf abzudecken.

Bezogen auf die weitere Frage von KTM Meyer antwortete Herr Wagner, dass für das Kreisjugendamt des Rhein-Sieg-Kreises abgefragt wurde, wie viele Ausbildungsplätze es gebe und wie viele zusätzlich zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies sei in die Beantwortung der Anfrage im Jugendhilfeausschuss miteingeflossen. Ob es dann genügend Menschen gebe, die diese Ausbildungsplätze belegen würden, wage er zu bezweifeln. Die Koordination der Abfrage mit den anderen elf städtischen Jugendämtern sei von hier übernommen worden und bis heute hätten sich ca. 75 - 80 % zurückgemeldet. Sobald alle Rückmeldungen vorliegen würden, könnte man die Zahlen nach der Sommerpause im Jugendhilfeausschuss darlegen. Er bat darum, Fälle einer Unterversorgung der Verwaltung anzuzeigen. Darüber hinaus sei man gerne bereit, regelmäßig im Ausschuss über die aktuelle Situation zu berichten.

Herr Heinemann bedankte sich für die Einladung und schloss sich den Ausführungen von Herrn Wagner an. Er ergänzte, dass es vor dem Hintergrund von Doppelbewerbungen einen namentlichen Abgleich mit dem Robert-Wetzlar-Berufskolleg in Bonn gebe. Des Weiteren habe er die Schulen im Rhein-Sieg-Kreis angeschrieben, die als Bündelungsgymnasien keine zusätzlichen Oberstufen bei der Umstellung von G8 auf G9 anbieten konnten und offensiv noch freie Plätze im Beruflichen Gymnasium des Berufskollegs in Troisdorf angeboten. Leider ist das Angebot bislang erfolglos geblieben. Tatsächlich aber gebe es hier noch freie Plätze, beispielsweise sei die Vollabiturklasse mit Erzieherausbildung derzeit nur mit 16 Personen besetzt. Üblicherweise sind es sonst 25 – 30 Personen. Insgesamt sei man in der Kapazität aber sehr gut ausgelastet.

Wie bereits von Herrn Wagner angedeutet, gebe es neben der PiA-Ausbildung auch die konsekutive Form der Ausbildung, und auch hier gebe es noch ca. 15 - 16 freie Plätze für Erzieherinnen und Erzieher. Insgesamt gebe es sieben Klassen pro Jahrgang in diesem Fachbereich. Zusagen seien für dieses Jahr an 190 Personen erteilt worden. Den Umstand, dass das PiA-Verfahren sehr komplex für alle Beteiligten sei und

oftmals die Bestätigung der Praxisstellen nicht beigebracht werde, könne er bestätigen. In der PiA-Klasse zum Schuljahr 2023/24 habe man aktuell 36 Zusagen für einen Schulplatz gemacht, allerdings haben bislang nur 20 Personen die Bestätigung der Praxisstelle beigebracht. In Bezug auf mögliche Werbekampagnen wolle man vor oder nach den kommenden Herbstferien aktiv werden. Über das Format werde noch in der Schule beraten.

Frau Böker ergänzte, dass die Intention des Antrags deutlich geworden sei, die Verwaltung diesen aber so gar nicht umsetzen könne. Die Entscheidung der Zügigkeit liege nicht bei der Politik oder der Verwaltung, sondern letztlich bei der Schule und der Bezirksregierung. Es werden keine Plätze „on top“ zur Verfügung gestellt, wenn man nicht sicher sein könne, dass diese auch besetzt würden.

Herr Heinemann bestätigte dies. Sollte man mit der Bewerbung im Herbst erkennbar mehr junge Leute als bisher aktivieren können, sei dies unproblematisch, da das übernächste Schuljahr im Winter 2023 beplant würde.

KTM Engelhard begrüßte das Vorhaben einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus bat er um Auskunft, ob erst die Zusage der Schule oder erst die Zusage der Kommune erfolgen solle oder beides gemeinsam. Außerdem teilte er mit, dass im linksrheinischen Kreisgebiet oftmals Praktikantinnen und Praktikanten aus dem Kreis Euskirchen beschäftigt seien und erkundigte sich nach bestehenden Kontakten in den Kreis Euskirchen.

Herr Heinemann antwortete, dass aufgrund der doch recht weiten Entfernung kein direkter Kontakt zum Thomas-Eßer-Berufskolleg Euskirchen bestünde. Weiterhin ergänzte er, dass die jeweilige Kommune die Bewerberinnen und Bewerber mit der Ausbildungsabsicht versorge. Damit könnten sich diese bei den Berufskollegs bewerben, um dann nach erfolgter Zusage die Bestätigung der Praxisstelle vom Schulträger zu erhalten.

Herr Wagner fügte hinzu, dass derjenige, der die Auszubildenden brauche, am meisten darauf angewiesen sei Menschen zu finden, die diese Ausbildung in Anspruch nehmen würden. Die Schule selbst sei das letzte Glied in der Kette, die der Dienstleister dafür sei, im Rahmen der dualen Ausbildung den schultheoretischen Teil abzubilden. Man sei also darauf angewiesen, dass die Ausbildungsgeber Werbung machten und die Schulträger reagierten dann hierauf mit entsprechender Anzahl an Schulplätzen. Dennoch müssten alle gemeinsam dieses Problem in Angriff nehmen, dies sei eine wichtige Botschaft, denn alle im schulischen Prozess Beteiligten würden alles in ihrer Macht Stehende tun, um möglichst viele Menschen in das System zu

bekommen, um den Fachkräftemangel, gerade in den KiTas, zu bewältigen. Das Fachkräfteproblem werde sich beim Rechtsanspruch Offener Ganztage ab 2026 noch verschärfen. Er könne nur dafür werben, dass alle ihre Verantwortung sehen würden, nicht nur die Kommunen, sondern auch die kirchlichen Träger oder Wohlfahrtsverbände. Bei Problemen mit der Ausbildungsvergütung gebe es die Möglichkeit BAföG zu beantragen.

Herr Heinemann berichtete, dass es sich im Bereich der PiA-Ausbildung für die Studierenden durchaus lohnen könne, das Aufstiegs-BAföG in Anspruch zu nehmen.

KTM Meyer bedankte sich bei allen Beteiligten für den Erkenntnisgewinn und schlug vor, die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen und über dieses Thema regelmäßig im Ausschuss für Schule und Bildungskoordination zu berichten.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden Beschluss: